

Information „elektronische Angebotsabgabe“

Im vorliegenden Verfahren sind ausschließlich elektronische Angebote zugelassen. Eine Angebotsabgabe in schriftlicher Textform (postalische oder persönliche Einreichung) ist nicht möglich!

Wir bitten möglichst nur eine Datei hochzuladen und auf das Beifügen von Werbung zu verzichten. Sofern mehrere Dateien erforderlich sind, bitten wir diese vorangestellt zu nummerieren. Bitte berücksichtigen Sie die erforderlichen Upload Zeiten.

Die elektronische Vergabe und Kommunikation wird ausschließlich über den Vergabemarktplatz Metropole Ruhr abgewickelt. Das bedeutet, dass alle Anforderungen/Nachforderungen seitens der Vergabestelle dann auch über den Vergabemarktplatz Metropole Ruhr über den Bereich „Kommunikation“ erfolgen. So wird gewährleistet, dass das gesamte Vergabeverfahren elektronisch abgewickelt wird. Daher bitten wir Sie sensibilisiert auf eingehende E-Mails vom Vergabemarktplatz zu achten und entsprechende Nachrichten abzurufen.

Bei elektronischer Vergabe findet **keine öffentliche Submission** (Eröffnung der Angebote) statt. Das heißt, dass keine Bieter zur Teilnahme an der Submission zugelassen werden.

Wir weisen darauf hin, dass Ihr Angebot vom weiteren Verfahren auszuschließen ist, wenn dieses nicht wie oben beschrieben elektronisch eingereicht wird!

Folgende Online-Hilfen stehen als Support für Unternehmen zur Verfügung:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>

➔ Anleitung für Unternehmen

<https://support.cosinex.de/unternehmen/pages/viewpage.action?pageId=28115008>

➔ Bietertool

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Bietertool>

Tipps zur Abgabe elektronischer Angebote:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Tipps+zur+elektronischen+Angebotsabgabe>

Kontakt eMail:

support@cosinex.de



Az.:19/2, Vergabe-Nr.: L199/26
Sachbearbeiter/In: Frau Hartmann
Gebäude: Viktoriastraße 15
Zimmer: 427
Tel.: 0231/50-197363
E-Mail: ghartmann@stadtdo.de

Vergabeart:

- ☒ Öffentliche Ausschreibung
☐ Teilnahmewettbewerb
☐ Direktauftrag

Einzureichen bis (Angebotsfrist)

Datum: 16.07.2026

Uhrzeit: **20:00**

Bindefrist endet am: **07.09.2026**

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

RV Alarmaufschaltungen

Anlagen

A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:

- | | |
|-------------------------------------|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Information „elektronische Angebotsabgabe“ |
| <input checked="" type="checkbox"/> | A 1 - Aufforderung zur Abgabe eines Angebots ("Dieses Anschreiben") |
| <input checked="" type="checkbox"/> | A 3 - Teilnahmebedingungen |
| <input type="checkbox"/> | Formblatt Angebotsprüfung und Wertung/ Zuschlagskriterien |

B) Vertragsbestandteile, die nicht einzureichen sind

- | | |
|-------------------------------------|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadt Dortmund |
| <input checked="" type="checkbox"/> | A 4 - Besondere Vertragsbedingungen |
| <input checked="" type="checkbox"/> | A 5 - Besondere Vertragsbedingungen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen |
| <input type="checkbox"/> | Musterverträge |
| <input type="checkbox"/> | Pläne/Zeichnungen/Gutachten |
| <input type="checkbox"/> | Lieferantenhandbuch |

C) Vertragsbestandteile, die immer 1-fach einzureichen sind

- | | |
|-------------------------------------|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> | B 1 - Angebotsschreiben |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Leistungsbeschreibung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Preisliste |
| <input checked="" type="checkbox"/> | B2 - Vertragsbedingungen und Verpflichtungserklärung Frauen- und Familienförderung |
| <input type="checkbox"/> | B4 - Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten |
| <input type="checkbox"/> | B5 - Eigenerklärung zur Einhaltung der Vorgaben des Artikel 5k der Verordnung (EU) |

Sie können mit uns sprechen:

montags bis mittwochs 8.00 -12.00 / 13.00 - 15.30 Uhr, donnerstags bis 17.00 Uhr
freitags 8.00 - 12.00 Uhr und nach Vereinbarung

**Sie erreichen uns :
Im Internet unter:**

mit allen Stadtbahnlinien Haltestelle Hauptbahnhof oder Kampstraße und mit der S - Bahn Bhf. Hauptbahnhof
www.dortmund.de * Unverschlüsselte E-Mail kann auf allen Internetstrecken unbefugt mitgelesen und verändert werden.

Unsere Bankverbindung:

Sparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99) Konto Nr. 001 124 447

1. Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen gemäß § 75a GO NRW im Namen und auf Rechnung der Stadt Dortmund zu vergeben. Wird in der Bekanntmachung auf die Vergabeunterlagen verwiesen, so gelten zusätzlich die Bedingungen in den Vergabeunterlagen.

2. **Vorlage von Nachweisen**

Der Auftraggeber wird bei Aufträgen ab einer Auftragssumme von 30.000,00 € für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, den Nachunternehmer und den Verleiher von Arbeitskräften zur Bestätigung der Erklärung (Angebotsschreiben Nr. 2) einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister beim Bundeskartellamt anfordern.

2.1 **Zum Nachweis der Eignung sind vorzulegen:**

- ☒ mit dem Angebot ☐ auf Verlangen der Vergabestelle

<input checked="" type="checkbox"/>	Angaben über die Art und Größe des Unternehmens (Anzahl Mitarbeiter/innen und Produktportfolio; Firmenprofil/Selbstdarstellung)
<input checked="" type="checkbox"/>	Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens, sowie den Umsatz bezüglich der in der Aufforderung benannten Leistungsart bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre.
<input checked="" type="checkbox"/>	Eine Liste der wesentlichen, in den letzten Jahren abgewickelten Aufträge mit Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber
<input checked="" type="checkbox"/>	Erklärung über die Eintragung in das Berufsregister, z.B. Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer am Sitz des Unternehmens.
<input checked="" type="checkbox"/>	Der Auftragnehmer muss ein Qualitätsmanagement nach der DIN 77200 oder vergleichbarer Norm in der jeweils gültigen Fassung betreiben
<input checked="" type="checkbox"/>	Nachweis nach § 34a GewO „Unterrichtungsverfahren“ bzw. der Sachkundeprüfung nach § 34 a) Abs. 1 Satz 5 der GewO bzw. den genannten Ausnahmetatbeständen
<input checked="" type="checkbox"/>	Nachweis über das Bestehen einer ausreichenden Haftpflichtversicherung.

Bei der Angebotsabgabe als Bietergemeinschaft, der Beauftragung von Subunternehmen oder der sonstigen Einschaltung Dritter können Sie sich zum Nachweis Ihrer Leistungsfähigkeit und Fachkunde auch dieser Unternehmen bedienen. In diesem Fall können die entsprechenden Angaben dieser Unternehmen einbezogen werden, falls durch zusätzliche Vorlage einer Bietergemeinschafts- bzw. Verpflichtungserklärung oder in sonstiger Weise nachgewiesen wird, dass Sie im Auftragsfall über die entsprechenden Mittel verfügen.

2.2 **Folgende sonstige Unterlagen/Angaben sind vorzulegen:**

- ☐ mit dem Angebot ☐ auf Verlangen der Vergabestelle

<input type="checkbox"/>	Produktdatenblätter oder Bedienungsanleitungen
<input type="checkbox"/>	Umweltzertifikate
<input type="checkbox"/>	Siehe Anlage
<input type="checkbox"/>	

- 2.3 **Präqualifizierte Unternehmen** können anstelle der Nachweise nach 3.2 im Angebotsschreiben die Nummer angeben, unter der sie auf www.amtliches-verzeichnis.ihk.de (AVPQ) eingetragen sind.

3. **Losweise Vergabe:**

- ☒ nein
☐ ja, Angebote sind möglich
☐ nur für ein Los, ☐ für ein oder mehrere Lose, ☐ positionsweise Vergabe als Einzellöse

Die Gesamtvergabe wird sich vorbehalten.

4. **Nebenangebote**

- ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen.
☐ Nebenangebote sind zugelassen. Es gelten die Anforderungen aus den Teilnahmebedingungen.

5. **Angebotswertung**

5.1 **Zuschlagskriterien bei Haupt- und Nebenangeboten:**

Das wirtschaftlich günstigste Angebot bezüglich:

- ☐ Kriterien:
☐ 1 _____, 2 _____, 3 _____, 4 _____, 5 _____
☐ Gewichtung kann nicht angegeben werden, Kriterien sind in Reihenfolge ihrer Bedeutung aufgelistet
☐ siehe beiliegendes Formblatt Zuschlagskriterien oder Formblatt Angebotsprüfung und Wertung
☒ Kriterium: Preis, Gewichtung 100 v.H.

5.2 **Abwicklung von Ausschreibungen oder Vergaben mit Teilnahmewettbewerb bzw. Verhandlungsrunden**

Die Abwicklung in verschiedenen, aufeinander folgenden Phasen zur Begrenzung der Zahl der Angebote

- ☐ ist beabsichtigt. ☒ ist nicht beabsichtigt.

Eine Zuschlagserteilung ohne vorherige Verhandlung wird sich vorbehalten.

Bedarfspositionen werden grundsätzlich gewertet.

6. Zugelassene Angebotsabgabe

Angebote können abgegeben werden

- ☒ Elektronisch über die Vergabeplattform unter www.vergabe.nrw.de
 - ☒ in Textform
 - ☒ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel
 - ☒ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Falls Sie nicht die Absicht haben, ein Angebot abzugeben, werden Sie gebeten, die Vergabestelle baldmöglichst davon zu unterrichten (entfällt bei offenen Verfahren und öffentlichen Ausschreibungen). Ein Nachteil entsteht Ihnen dadurch nicht.

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter und die natürliche Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen oder Rücknahmen des Angebots, sind bis zum Ende der Angebotsfrist in entsprechender Form wie das Angebot einzureichen. Danach sind Sie bis zum Ablauf der genannten Bindefrist an Ihr Angebot gebunden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Hartmann
Stadtinspektorin

(Dieses Schreiben wurde per EDV erstellt und ist daher ohne Unterschrift gültig)

Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadt Dortmund

Die nachfolgenden Regelungen gelten bei Widersprüchen nur nachrangig gegenüber Bewerbungsbedingungen, spezielleren besonderen Vertragsbedingungen (BVB) und Zusätzlichen (technischen) Vertragsbedingungen (ZVB) des jeweiligen konkreten Vertrags über Liefer- und Dienstleistungen oder Bauleistungen.

A Bedingungen für die Auftragserteilung (werden mit der Auftragserteilung Vertragsbestandteil)

1. Die Leistungsbeschreibung mit den zugehörigen Anlagen (Mustern) ist verbindlich.
2. Es gelten für Leistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL, Teil B) und für Bauleistungen die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistung (VOB, Teil B) sowie die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen (VOB, Teil C).
3. Liegt dem Auftrag kein Angebot zugrunde, hat der Auftragnehmer die Annahme dieses Auftrags dem Auftraggeber schriftlich zu bestätigen. Der Auftraggeber kann fristlos zurücktreten, wenn diese Bestätigung/ Empfangsanzeige nicht innerhalb von 10 Tagen (gerechnet vom 3. Tag nach der Aufgabe zur Post) eingeht.
4. Die Gesamtauftragssumme darf ohne schriftliche Genehmigung (Nachtragsauftrag) nicht überschritten werden. Leistungen, die nicht beschrieben sind, gelten als nicht bestellt und werden nicht vergütet.
5. Leistungen sind stets auf Rechnung und Gefahr des Auftragnehmers frei Verwendungsstelle durchzuführen. Die Auslieferung erfolgt grundsätzlich durch Mitarbeiter/innen des Händlers. Bei der Beauftragung von Paketdiensten und Speditionen haftet der Auftragnehmer dafür, dass diese bis zur Verwendungsstelle liefern. Erfüllungsort ist die Verwendungsstelle, wenn nichts anderes vereinbart ist.
6. Zahlungen erfolgen innerhalb von 30 Tagen ohne Abzug. Wenn bei Liefer- und Dienstleistungen der Rechnungsbetrag von Rechnungen jedweder Art (Abschlagszahlungen etc.) innerhalb von 21 Kalendertagen nach Leistungserbringung bzw. Eingang der Ware und der Rechnung beglichen wird, werden 2 % vom jeweiligen Rechnungsbetrag abgezogen, sofern nichts Abweichendes vereinbart wurde.
7. Falls die Lieferung nicht eingehalten werden kann, ist der Auftraggeber sofort - wenn möglich fernmündlich - zu unterrichten.
8. Jeder Leistung oder Bauleistung ist ein Nachweis (z. B. Lieferschein, Abnahme oder Wiegezettel) beizufügen.
9. Die Rechnung ist sofort nach Leistung in zweifacher Ausfertigung mit Empfangs- oder Ausführungsbestätigung der Leistung oder Bauleistung einzureichen. Teillieferungen werden nicht gesondert abgerechnet. Auf der Rechnung sind anzugeben: Geschäftszeichen des Auftraggebers, Zeit der Ausführung, Wohnung oder Geschäftssitz, Fernsprechnummer und Bank- oder Postbankkonto.
10. Für die Einreichung der Rechnung bei der Stadt Dortmund kann auch der elektronische Rechnungseingang genutzt werden, sofern dies im weiteren Vertragswerk entsprechend vereinbart wird. Dabei ist das bei der Stadt Dortmund festgelegte Verfahren einzuhalten.
11. Verpackungsmaterial sind vom Auftragnehmer kostenlos zurückzunehmen und unter Beachtung der umweltrechtlichen Bestimmungen ordnungsgemäß zu entsorgen. Verpackungsmaterial sind sowohl Transportverpackungen (z.B. Paletten, Versandverpackungen, Transportsicherungen) als auch Umverpackungen (z.B. Schachtel um Dose, Blister um Schachtel) sowie Verkaufsverpackungen (z.B. Schachtel, Beutel, Flasche, Dose).
12. Die Abtretung von Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber an Dritte ist ohne Genehmigung des Auftraggebers abgeschlossen.
13. Jede Änderung oder Ergänzung des Vertrages bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung der Schriftformklausel.
14. Soweit der Auftragnehmer Kaufmann i.S. des HGB oder juristische Person des öffentlichen Rechts ist, ist der Gerichtsstand für beide Vertragsparteien Dortmund.
15. Sollten Teile dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, berührt dies nicht die Gültigkeit der sonstigen Vertragsbestimmungen. Die Vertragsparteien verpflichten sich an die Stelle der unwirksamen Vertragsteile eine Bestimmung zu setzen, die dem wirtschaftlichen Zweck des Vertrages am nächsten kommt. Die vorstehenden Bestimmungen gelten für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.
16. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die vertragliche Leistung frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten (nachfolgend Schutzrechte) Dritter zu erbringen. Für den Fall der Schutzrechtsverletzung Dritter im Zusammenhang mit der Erbringung der vertraglichen Leistung stellt der Auftragnehmer die Auftraggeberin von allen aus der Schutzrechtsverletzung resultierenden Ansprüchen frei. Dies gilt nicht für Schutzrechtsverletzungen, die auf ein unmittelbares Handeln des Auftraggebers beruhen.
17. Soweit der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen ihm von der Stadt übermittelte personenbezogene Daten Dritter speichert oder sonst verarbeitet, verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes NRW.
18. Alle Informationen, Geschäftsvorgänge und Unterlagen, die dem Auftragnehmer im Zusammenhang mit der vertraglichen Leistung bekannt werden, unterliegen der Verschwiegenheitspflicht gegenüber Dritten. Diese Pflicht bleibt auch nach Beendigung des Vertrages bestehen. Der Auftragnehmer legt seinen von diesem Vertrag betroffenen Mitarbeitern eine entsprechende Verpflichtung auf, soweit nicht eine solche arbeits- oder dienstrechtlich bereits besteht.
19. Im Übrigen sind die gesetzlichen Bestimmungen für das Vertragsverhältnis maßgebend. Lieferungs- und Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden für die Ausführung dieses Auftrags keine Anwendung.
20. Dem Auftragnehmer steht ein Zurückbehaltungsrecht an seinen Leistungen nicht zu, es sei denn seine Ansprüche sind rechtskräftig festgestellt oder unstreitig.
21. Eine Leistungserbringung für die Stadt Dortmund hat bei Tätigkeiten mit Außenwirkung unter Rücksichtnahme auf die Leitbilder der Stadt Dortmund zu erfolgen. Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit. Im Einsatz für die Stadt Dortmund dürfen daher unabhängig von der eigenen Gesinnung keine Botschaften ausgelebt und zur Schau gestellt werden, die als beleidigend, anstößig, provozierend, extremistisch oder diskriminierend empfunden werden können. Gemeint sind insbesondere auch das Auftreten bzw. Erscheinungsbild des Auftragnehmers, sowie seiner Nachunternehmer, aber auch indirekte Meinungsäußerungen bzw. Darstellungen wie z.B. durch Werbung bzw. Plakatierungen auf Fahrzeugen, der Kleidung, Arbeitsgeräten etc..

B Bestechungsklausel für Auftrags- und Lieferungsverträge

1. Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer städt. Dienstkräften, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind, Geschenke oder andere Vorteile (auch Darlehen) anbietet, verspricht oder gewährt. Solche Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die für den Auftragnehmer mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung von Verträgen mit dem Auftraggeber befasst sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Geschenke oder Vorteile an Dienstkräfte des Auftraggebers unmittelbar oder in ihrem Interesse Angehörigen oder anderen ihnen nahestehenden Personen oder im Interesse des einen oder anderen einem anderen angeboten, versprochen oder gewährt werden.
2. Vor Ausübung des Rücktritts ist dem Auftragnehmer Gelegenheit zu geben, zu dem Tatverdacht Stellung zu nehmen.
3. Tritt der Auftraggeber nach Abs. 1 vom Vertrag zurück, so ist er berechtigt aber nicht verpflichtet, die empfangenen Leistungen zurückzugeben. Behält er diese, so hat er ihren Wert zu vergüten; werden sie zurückgegeben, so muss auch der Auftragnehmer die empfangenen Leistungen zurückgeben. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer den Ersatz des Schadens verlangen, der ihm durch den Rücktritt vom Vertrag entsteht. Dagegen stehen dem Auftragnehmer gegen den Auftraggeber auf Grund des Rücktritts keine Ansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrags zu. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über den Rücktritt.
4. Andere gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.

TEILNAHMEBEDINGUNGEN

1. Anforderungen an die Angebote

- 1.1 Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.
- 1.2 Für das Angebot sind die vom Auftraggeber vorgegebenen Vordrucke zu verwenden.
- 1.3 Eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig. Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

- 1.4 Änderungen an den Vertragsunterlagen sind unzulässig. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

- 1.5 Alle Preise sind in Euro anzugeben. Werden Preise mit mehr als zwei Nachkommastellen angegeben, so wird der eingetragene Einheitspreis im Rahmen der rechnerischen Prüfung mit der angegebenen Gesamtmenge multipliziert. Der so errechnete Gesamtpreis wird dann auf volle Centbeträge, d.h. auf zwei Nachkommastellen, abgerundet.

Bsp: EP: 0,07365 Euro Menge: 300 Stück → GP: 22,095 → Wertungspreis: 22,09 Euro.

Im Auftragsfall wird der Angebotspreis in Abhängigkeit der angebotenen Gebindegröße bzw. Verpackungseinheit ebenfalls auf volle Centbeträge abgerundet vereinbart.

Bsp: wie oben, Verpackungseinheit 100 Stück → GP: 7,365 Euro → beauftragter Preis 7,36 Euro.

- 1.6 Entspricht der Gesamtbetrag einer Position nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenanatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind, sofern im Leistungsverzeichnis nichts anderes geregelt wird, ohne Umsatzsteuer anzugeben.

Auf die rechnerisch geprüfte Nettogesamtsumme wird zur rechnerisch geprüften Brutto-preisermittlung für die Mehrwertsteuer der jeweils gültige Regelsatz von z.Z. 19 % aufgeschlagen. Sofern für die Leistung bzw. für ihr Unternehmen ein reduzierter/abweichender Mehrwertsteuersatz gilt, so ist dieser mit Abgabe des Angebotes zu benennen. Ferner ist eine kurze Begründung, warum zulässigerweise eine reduzierte Mehrwertsteuer angeboten werden darf, beizufügen. Im Rahmen der Wertung wird dann, sofern aus dem Angebot eindeutig erkennbar wird, dass ein reduzierter, gültiger Mehrwertsteuersatz eingetragen wurde und die entsprechende Begründung vorliegt, der reduzierte Mehrwertsteuersatz berücksichtigt.

Gewertet wird der Bruttobetrag. Im Auftragsfall gelten die Bruttopreise als vereinbart.

- 1.7 Soweit Preisnachlässe ohne Bedingungen gewährt werden, sind diese an einer vom Auftraggeber in den Vergabeunterlagen bezeichneten Stelle aufzuführen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden.

In einem Nebenangebot angebotene Preisnachlässe dürfen nicht unter einer Bedingung stehen, die der Bieter beeinflussen kann.

Nicht zu wertende Preisnachlässe (z. B. Skonto) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

Im Angebotsschreiben ist der Endbetrag/ die Gesamtsumme des Angebotes ohne Nachlass einzutragen. Sofern im Rahmen der rechnerischen Prüfung ein abweichender Betrag ermittelt worden ist, gelten die im Leistungsverzeichnis eingetragenen Einheitspreise. Der eingetragene Endbetrag wird entsprechend korrigiert. Der im Angebotsschreiben eingetragene Nachlass wird dann vom korrigierten, rechnerisch geprüften Endbetrag abgezogen.

2. Nebenangebote

- 2.1 Nebenangebote müssen auf besonderer Anlage gemacht und als solche deutlich gekennzeichnet sein, deren Anzahl ist an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufzuführen.
- 2.2 Soweit an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt sind, müssen diese erfüllt werden; im Übrigen müssen sie im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen. Nebenangebote müssen mindestens dem Stand und den Regeln der Technik entsprechen sowie das gewollte Ziel des AG unter Einhaltung der Vorgaben, Rand- und Angebotsbedingungen erreichen. Darüber hinaus sind die Konstruktionsprinzipien der Ausschreibung beizubehalten.
- 2.3 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 2.4 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenan-sätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).

3. Bietergemeinschaften

- 3.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
 - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

(Teilnahmebedingungen)

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte/mit Siegel versehene Erklärung abzugeben.

4. Nachunternehmer

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von Nachunternehmern ausführen zu lassen, muss er in seinem Angebot Art und Umfang der durch Nachunternehmer auszuführenden Leistungen angeben.

Sicherungsdienstleistungen im Bereich Alarmaufschaltungen und Alarmverfolgung

I. Allgemeines

1. Vertragsgegenstand
2. Sonstige Vertragsbestandteile
3. Vertragslaufzeit gemäß Zuschlagserteilung

II. Anforderungen an das Unternehmen

1. Organisation
2. Versicherung
3. Geschäftsräume
4. Einsatzleitung
5. Dienstanweisung (hier: Interventionsplan)
6. Einsatz von Subunternehmen

III. Personal und Personaleinsatz

1. Allgemeines
2. Auswahl und Überprüfung
3. Vorbereitung der Beschäftigten
4. Beschäftigungsbedingungen
5. Legitimation
6. Dienstkleidung
7. Unterweisung
8. Bestimmung des Führungspersonals
9. Verwaltung von Objektschlüsseln überwachter Objekte
10. Fundsachen
11. Melden von Schäden und Mängeln
12. Unfallverhütung
13. Ausländische Arbeitnehmer

IV. Geräte und Material

V. Haftung

1. Auftragnehmer
2. Zession
3. Sicherstellung des Wach- und Sicherheitsdienstes
4. Haftungsausschluss
5. Rechtsstreitigkeiten
6. Vertragsstrafen

VI. Kalkulation

1. Allgemeine Vorschriften
2. Entgelte
3. Mehrleistung
4. Preisänderung
5. Rechnungen und Unterlagen

VII. Erfordernisse

VIII. Schlussbestimmungen

1. Salvatorische Klausel
2. Schriftform

I. Allgemeines

1. Vertragsgegenstand

Vertragsgegenstand dieser Ausschreibung ist die
Aufschaltung dieser Gefahrenmeldeanlagen auf eine Notruf- und Serviceleitstelle (NSL)
sowie die Durchführung von
Interventionsmaßnahmen im Alarmfall.

2. Sonstige Vertragsbestandteile

Neben den „Besonderen Vertragsbedingungen“ gelten:

- a) Ihr Angebot mit allen durch Ihre Unterschrift auf dem Angebotsschreiben bestätigten Anlagen und Erklärungen.
- b) Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB)

Bei Unstimmigkeiten gelten die vertraglichen Abmachungen in der vorstehenden Reihenfolge.

3. Vertragslaufzeit gemäß Zuschlagserteilung

Das Vertragsverhältnis beginnt frühestens am 01.11.2026 mit einer Laufzeit von 24 Monaten bis zum 31.10.2028.

Der Vertrag verlängert sich zweimal jeweils um ein weiteres Jahr bis zum 31.10.2030, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf vom Auftraggeber oder Auftragnehmer schriftlich gekündigt wird.

Im Falle einer festgelegten Verlängerungsoption endet er automatisch spätestens mit Ablauf der Verlängerungsoption, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

Die einzelne Objektaufschaltung endet bzw. beginnt, sobald das Objekt durch den Auftraggeber beim Auftragnehmer anmeldet und es bei diesem aufgeschaltet bzw. abgeschaltet wird.

Der Auftraggeber kann fristlos kündigen, wenn wichtige Gründe vorliegen. Wichtige Gründe sind insbesondere schwerwiegende Verstöße gegen die Vertragsbestandteile, bei denen es dem Auftraggeber nicht zuzumuten ist, das Vertragsverhältnis fortzusetzen.

II. Anforderungen an das Unternehmen

1. Organisation

Der Auftragnehmer muss einen klar umrissenen Aufbau der Unternehmensführung haben, der erkennen lässt, dass er auf die Erbringung von Sicherungsdienstleistungen gerichtet ist.

Der Auftragnehmer muss eigens für die Führung, d. h. den Einsatz des Personals zur Erbringung der Sicherungsdienstleistungen eine entsprechende Organisationseinheit, z. B. eine Einsatzleitung strukturieren.

Im Falle der Sicherungsdienstleistungen im Bereich Alarmaufschaltungen und Alarmverfolgung sind insbesondere eine VdS-zertifizierte Notruf-Service-Leitstelle und Interventionsstelle vorzuhalten.

Der Auftragnehmer muss die tariflichen und gesetzlichen Regelungen zur Entlohnung, Arbeitszeit etc. einhalten.

2. Versicherung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, auf seine Kosten eine Betriebshaftpflichtversicherung zu den nachfolgenden Risiken je Einzelschaden – d.h. je Schadensfall – abzuschließen und während der Dauer des Vertragsverhältnisses aufrecht zu erhalten. Der Nachweis ist unverzüglich nach Zuschlagserteilung zu erbringen.

Schadensart:	mindestens:
- Personenschäden (für die einzelne Person)	1.500.000 Euro
- Sachschäden	1.000.000 Euro
- Verlust von Schlüsseln	250.000 Euro
- Vermögensschäden sowie Schäden gem. Bundesdatenschutzgesetz	250.000 Euro
- Verlust bewachter Sachen	250.000 Euro

3. Geschäftsräume

Der Auftragnehmer muss über ein Verwaltungsbüro und/oder ein Betriebszentrum im Sinne eigenständiger und für die Öffentlichkeit eindeutig kenntlich gemachter Geschäftsräume verfügen.

4. Einsatzleitung

Der Auftragnehmer muss über eine Einsatzleitung als strukturelles Element mit eindeutiger personeller Untersetzung verfügen, die der Führung des Personaleinsatzes in Umsetzung der Verträge mit dem Auftraggeber dient. Die Einsatzleitung muss in eigenständigen und gesicherten Räumen oder einer Notruf- und Serviceleitstelle untergebracht sein.

Die Einsatzleitung muss ununterbrochen mit Führungspersonal personell besetzt sein und über die entsprechenden Kommunikationseinrichtungen zur jederzeitigen Erreichbarkeit seitens der Behörden, Auftraggeber und diensttuenden Beschäftigten verfügen.

Das Führungspersonal der Einsatzleitung muss über die Qualifikation mindestens als IHK-geprüfte Werkschutzfachkraft oder vergleichbare Abschlüsse verfügen sowie persönlich und fachlich in der Lage sein, die Führung diensttuender Beschäftigter zu Sicherungsdienstleistungen zu gewährleisten. Über die Einsatzleitung muss sichergestellt sein, dass jeder Einsatzort des Auftragnehmers von Sicherungsdienstleistungen im Erfordernisfall durch geeignetes Führungspersonal und Kräfte zur Ersatzgestellung sowie Verstärkung erreicht wird.

5. Dienstanweisung (hier: Interventionsplan)

Für die Durchführung von Interventionen in alarmanaufgeschalteten Objekten ist ein objektbezogener Interventionsplan für die Interventionskräfte zu erstellen. Dies übernimmt der Auftragnehmer unter Mitwirkung des Auftraggebers bzw. bevollmächtigter Personen des Auftraggebers. Bei Änderung objektbezogener Daten informiert der Auftraggeber bzw. die bevollmächtigte Person des Auftraggebers entsprechend schriftlich den Auftragnehmer zur Aufnahme dieser Änderung im jeweiligen objektbezogenen Interventionsplan. Auch Änderungen, die durch den Auftragnehmer bedingt sind (siehe z. B. Punkt III. dieses Vertrags) und einer vertragsgemäßen Erbringung der Leistung nicht entgegenstehen, werden nach schriftlicher Information des Auftraggebers durch den Auftragnehmer in den entsprechenden Interventionsplan eingefügt.

6. Einsatz von Subunternehmen

Ein Einsatz von Subunternehmen ist in der Regel ausgeschlossen

Nur in begründeten Ausnahmefällen ist der Einsatz von Subunternehmen möglich, bedarf jedoch der vorherigen Genehmigung des Auftraggebers. Dabei sind ebenfalls die Vorgaben und Voraussetzungen dieses Vertrages, der Leistungsbeschreibung, des Leistungsverzeichnisses und aller Anlagen einzuhalten. Das durch den Subunternehmer beschäftigte Bewachungspersonal muss u. a. den Anforderungen des "III. Personal und Personaleinsatz" dieses Vertrags entsprechen.

Wenn im Auftragsfall erwogen wird, Nachunternehmer einzusetzen, ist dies rechtzeitig vor Einsatzbeginn der Auftraggeber schriftlich anzuzeigen. In diesem Fall sind auch für den Nachunternehmer, die in der Ausschreibung genannten Eignungsnachweise unaufgefordert einzureichen. Der Auftraggeber entscheidet über die Zustimmung zum Einsatz des Nachunternehmers erst nach Prüfung der vollständig eingereichten Unterlagen.

III. Personal und Personaleinsatz

1. Allgemeines

Der Auftragnehmer stellt die erforderlichen Arbeitskräfte.

2. Auswahl und Überprüfung

Der Auftragnehmer muss grundsätzlich zur Durchführung der Sicherungsdienstleistungen fest angestelltes Personal, das mindestens folgende Kriterien erfüllt, beschäftigen:

- Mindestalter 18 Jahre
- Empfohlenes Maximalalter bei Vertragsbeginn 60 Jahre oder eine der Aufgabe entsprechende körperliche Konstitution bzw. Voraussetzungen des § 3 BGV C7 entsprechen
- ständiger Wohnsitz in den Staaten der EU bzw. EFTA
- Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift in einem der jeweiligen Sicherungsdienstleistung angemessenen Niveau
- Bereitschaft zu einem offenen, toleranten und freundlichem Verhalten gegenüber den Kunden sowie enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten
- Nachweis nach § 34a GewO „Unterrichtungsverfahren“ bzw. der Sachkundeprüfung nach § 34 a) Abs. 1 Satz 5 der GewO bzw. den genannten Ausnahmetatbeständen
- Nachweis über eine gültige Ersthelfer- und Ausbildung zum Brandschutz-/Evakuierungshelfer gem. DGUV I 205-023 und ASR A2.2

Alle Nachweise sind dem Auftraggeber bei Auftragsbeginn für alle eingesetzten Mitarbeitenden vorzulegen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, ausschließlich angemessen entlohntes, sozialversicherungspflichtig beschäftigtes Personal einzusetzen. Ein Lohn ist

angemessen, wenn mindestens die als allgemeinverbindlich erklärten Mindest- bzw. Tariflöhne eingehalten werden oder sondertariflich bzw. individuell vereinbarte noch günstigere Löhne gezahlt werden, die über dem als allgemeinverbindlich erklärten Mindest- bzw. Tariflohn liegen.

Das Personal muss zudem über die im sensiblen Bereich nötigen Erfahrungen verfügen und dem zu betreuenden Klientel vorbehaltlos gegenüberstehen. Das Personal muss auch über das geistige Durchsetzungsvermögen verfügen und in der Lage sein, sich abzeichnende Konflikte schon im Vorfeld zu versachlichen und abzuwenden.

Es darf nur geprüftes und freigegebenes Personal in Sinne der Bewachungsverordnung eingesetzt werden.

Der Auftraggeber kann die Zuverlässigkeit des Personals prüfen lassen und auch Auskünfte aus dem Schuldnerverzeichnis sowie einen Lebenslauf über die von ihm im Objekt beschäftigten Personen verlangen.

Auf Wunsch muss der Auftragnehmer offenlegen, nach welchem Konzept bzw. nach welchen Kriterien die Auswahl und Überprüfung der Eignung der Beschäftigten im Einzelnen erfolgt.

Auf Anfrage des Auftraggebers ist vom Auftragnehmer eine Liste mit Namen und Adressen der im Objekt eingesetzten Mitarbeiter bzw. für das Objekt vorgesehenen Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen.

3. Vorbereitung der Beschäftigten

Die Auswahl und Vorbereitung von Beschäftigten müssen auf der Grundlage eines mit dem Auftraggeber abgestimmten Anforderungsprofils aus Leistungsbeschreibung und Vertrag sowie (evtl. später zu erarbeitenden) Dienstanweisungen bzw. Interventionsplänen, für die jeweils zu erfüllende Tätigkeit erfolgen.

Vor dem ersten Einsatz der Beschäftigten sind diese dem Auftraggeber auf dessen Wunsch hin vorzustellen. Nur das vom Auftraggeber freigegebene Personal darf die Tätigkeit aufnehmen.

Die Einarbeitung des Personals muss auf Kosten des Auftragnehmers erfolgen

Aufgrund der besonderen Art der Leistung sollte eine feste Personalzuordnung innerhalb der bzw. zu den jeweiligen Objekten erfolgen, um so auch entsprechende Vertrautheit für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herzustellen.

4. Beschäftigungsbedingungen

Für die Beschäftigten des Auftragnehmers muss ein schriftlich abgefasster Arbeitsvertrag, der mindestens die Punkte des Musterarbeitsvertrags des Bundesverband der Sicherheitswirtschaft in seiner jeweils gültigen Fassung enthält, bestehen. Der Auftragnehmer muss vor Aufnahme der Tätigkeit und bei Erfordernis im Verlaufe des Vertragsverhältnisses den Nachweis der Eignung der Beschäftigten für die jeweils auszuführende Sicherungsdienstleistung sicherstellen.

Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass er ausschließlich sozialversicherungspflichtig beschäftigtes Personal mindestens gemäß den für den Erfüllungsort anzuwendenden Tarifverträgen bzw. nach dem Günstigkeitsprinzip einsetzt und dieses Personal entsprechend entlohnt.

Der Auftragnehmer muss für jeden Beschäftigten die Abgabe einer Erklärung zum Datenschutz gemäß Bundesdatenschutzgesetz in seiner jeweils gültigen Fassung vorweisen. Außerdem muss der Auftragnehmer sicherstellen, dass die Beschäftigten zur Geheimhaltung (aller im Zusammenhang mit der Durchführung von Sicherungsdienstleistungen bekannt gewordenen Informationen - auch nach dem Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis) belehrt bzw. verpflichtet werden.

5. Legitimation

Die vom Auftragnehmenden eingesetzten Beschäftigten müssen über einen Ausweis gemäß § 11 Bewachungsverordnung (BewachV) verfügen, der ihre Zugehörigkeit zum Auftragnehmer erkennen lässt. Der Ausweis ist während des Dienstes mitzuführen und, soweit gesetzlich erforderlich oder dienstlich angezeigt, sichtbar an der Dienstkleidung zu tragen.

6. Dienstkleidung

Der Auftragnehmer muss auf seine Kosten die Beschäftigten mit einer zweckmäßigen und einheitlichen Dienstkleidung gemäß § 19 Bewachungsverordnung ausstatten. Hierbei ist besonders auf ein dezentes und seriöses Erscheinungsbild zu achten und an die konkrete Auftragsumgebung anzupassen.

Die Dienstkleidung muss Zeichen enthalten, die den Auftragnehmer, der die Sicherungsdienstleistung ausführt und den Träger der Dienstkleidung als Beschäftigten des Auftragnehmers gegenüber der Öffentlichkeit eindeutig kennzeichnen.

7. Unterweisungen

Der Auftragnehmer muss die Unterweisung bzw. Belehrung der Beschäftigten zu den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen des Gewerbes und zu den objekt-

bzw. auftragsspezifischen Dienstanweisungen vor Aufnahme des Dienstes mit Unterschrift der Beschäftigten nachweisen können.

Dies gilt für jeden eingesetzten Mitarbeitenden. Auch bei neu eingesetztem Personal bzw. Personalwechsel ist ein entsprechendes Einweisungsprotokoll beim Auftraggeber einzureichen.

8. Bestimmung des Führungspersonals

Der Auftragnehmer muss aus seinem Personalbestand für jeden Auftrag bzw. jedes Objekt Beschäftigte zur unmittelbaren operativen Führung und Kontrolle der Beschäftigten bestimmen (z. B. Einsatzleitung). Dieses Führungspersonal muss über auftragsspezifische Kenntnisse verfügen, die Organisationsstrukturen sowie die Sicherheitsphilosophie des Auftraggebers kennen und sein Handeln und das der ihm unterstellten Beschäftigten danach ausrichten können. Er muss vom Auftragnehmer mit einem dem Auftraggeber bekannten klaren Kompetenzrahmen ausgestattet sein.

9. Verwaltung von Objektschlüsseln überwachter Objekte

Schlüssel (auch Codes, Codekarten, Schließkombinationen u. ä.), die vom Auftraggeber dem Auftragnehmer für die Ausführung von Sicherungsdienstleistungen überlassen werden, müssen gegenständlich quittiert werden, wobei die Quittung mit Datum, Uhrzeit und Name der die Schlüssel empfangenden Person zusammen mit der Zweckbestimmung des bereitgestellten Schlüssels enthalten.

10. Fundsachen

Der Auftragnehmer und seine Beschäftigten sind verpflichtet, alle Gegenstände, die in der Außenanlage und innerhalb der Gebäude von ihnen gefunden werden, bei Bedarf persönlich der zuständigen städtischen Dienstkraft (siehe Interventionsplan) zu übergeben.

11. Melden von Schäden und Mängeln

Der Auftragnehmer hat Schäden und Mängel unverzüglich dem Auftraggeber mitzuteilen.

12. Unfallverhütung

Die gültigen staatlichen Arbeitsschutzvorschriften und die Unfallverhütungsvorschriften des Unfallversicherungsträgers sind zu beachten.

13. Ausländische Arbeitnehmer

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, ausländische Arbeitnehmer nur mit gültiger Arbeitserlaubnis zu beschäftigen.

IV. Geräte und Material

Alle zur Durchführung des Wach- und Sicherheitsdienstes benötigten technischen und sonstigen Hilfsmittel (z. B. Deister-Anlagen, Taschenlampen, Funkgeräte, Handys, Fahrzeuge usw.) stellt der Auftragnehmer.

Eine Ausstattung des eingesetzten Personals mit Waffen, Schlagstöcken, etc. (§ 10 Bewachungsverordnung) wird ausdrücklich ausgeschlossen.

V. Haftung

1. Auftragnehmer

Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden, die er und seine Beschäftigten im Zusammenhang mit den auszuführenden Sicherungsdienstleistungen verursachen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, hieraus entstehende Forderungen durch einfache Erklärung nach § 387 BGB gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen.

2. Zession

Die Abtretung von Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber an Dritte ist ohne Genehmigung des Auftraggebers ausgeschlossen.

3. Sicherstellung des Wach- und Sicherheitsdienstes

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass die Bewachung z. B. durch Pausen, Krankheit, Urlaub oder andere Personalausfälle nicht nachteilig beeinflusst wird. Das Personal muss umgehend nach Anforderung durch den Auftraggeber seine Tätigkeit aufnehmen.

4. Haftungsausschluss

Der Auftraggeber haftet nicht bei Diebstahl und anderen Schäden für die im Objekt abgestellten Gegenstände, Geräte und Materialien des Auftragnehmers.

5. Rechtsstreitigkeiten

Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Dortmund.

6. Vertragsstrafen

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass sämtliche zur Leistungserbringung eingesetzten Beschäftigten die gesetzlichen Anforderungen nach § 34a Gewerbeordnung (GewO), der Bewachungsverordnung (BewachV) sowie den sonstigen einschlägigen Vorschriften erfüllen. Dies gilt insbesondere für Mitarbeitende der Notruf- und Serviceleitstelle (NSL), des Interventionsdienstes sowie sonstige eingesetzte Sicherheitskräfte.

Der Auftragnehmer darf ausschließlich Beschäftigte einsetzen, die ordnungsgemäß im Bewacherregister erfasst sind und für die jeweilige Tätigkeit eingesetzt werden dürfen. Die entsprechenden Nachweise sind dem Auftraggeber auf Verlangen unverzüglich vorzulegen.

Für jeden schuldhaften Einsatz einer Person, die die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt oder nicht ordnungsgemäß im Bewacherregister erfasst ist, verurteilt der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von 1.500,00 € je Einzelfall. Die Geltendmachung weitergehender Schadensersatzansprüche bleibt unberührt.

Verstöße gegen die vorstehenden Verpflichtungen stellen eine wesentliche Vertragsverletzung dar. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Auftragnehmer schriftlich zu beanstanden. Bei schwerwiegenden oder wiederholten Verstößen ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt.

VI. Kalkulation

1. Allgemeine Vorschriften

Für den Vertrag gelten die Vorschriften der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen (VpöA).

2. Entgelte

Die Sicherungsdienstleistungen werden nach Stundenverrechnungssätzen bzw. Pauschalen bezahlt.

3. Mehrleistung

Jede Mehrarbeit erkennt die Auftraggeberin nur dann an, wenn sie vorher genehmigt worden ist. Dies ist schriftlich/per E-Mail der Auftraggeberin mitzuteilen. Die Genehmigung erfolgt ebenfalls schriftlich/per E-Mail.

4. Preisänderungen

Die jeweiligen Kalkulationsblätter des Angebotes sind Bestandteil des Auftrages. Hiernach liegen die Anteile der Lohn- und lohngebundenen Kosten (Lohnkostenanteile) bei Vertragsabschluss in Prozentangaben vom Preis (bei einem entsprechenden Gemeinkostenzuschlag in Prozentangabe auf den Lohn) fest.

Ändern sich nach Abschluss des Auftrages die Lohn- oder Gehaltstarife und die Rahmentarifverträge oder / und die gesetzlichen Sozialleistungen (lohngebundene Kosten), so ändert sich der bislang vereinbarte Preis um die tatsächlichen Tarifänderungen oder Änderungen im Bereich der Sozialleistungen im jeweiligen Bezugsgrößenverhältnis.

Es ist Auftragnehmerpflicht, die Preissteigerungen zu beantragen und unverzüglich nachzuweisen. Aus dem Antrag müssen der alte Preis (inkl. Aufschlüsselung der relevanten Preisbestandteile), der neue Preis (inkl. Aufschlüsselung der relevanten Preisbestandteile) und die Tarifänderungen für alle Schichten deutlich werden.

Dem Auftraggeber obliegen die gleichen Rechte und Pflichten bei etwaigen Preissenkungen.

Preisänderungen entfalten ihre Wirkung ab dem auf das Antragsdatum folgenden Monatsersten. Eine rückwirkende Erstattung bei versäumter Beantragung ist nicht vorgesehen.

Preisänderungen treten frühestens mit dem Tag der gesetzlichen oder tariflichen Änderung in Kraft.

5. Rechnungen und Unterlagen

Über die geleistete Arbeit ist eine prüfbare Rechnung in doppelter Ausfertigung, getrennt nach Objekten unter Beifügung des jeweiligen Alarmprotokolls / Arbeits- / Anwesenheitsnachweises einzureichen.

Die Rechnungen sind 30 Tage nach Erhalt der Rechnung und aller begründenden Unterlagen zahlbar.

Diese Vereinbarungen gelten neben den Inhalten der weiteren Vertragsunterlagen.

Wenn die Sicherungsdienstleistungen aus Gründen, die vom Auftraggeber zu vertreten sind, nicht oder nicht vollständig ausgeführt werden können, entsteht insoweit kein Anspruch auf Entschädigung. Der Auftragnehmer kann daraus auch keine Schadenersatzansprüche herleiten.

Die Pausenzeiten des eingesetzten Personals werden nicht vergütet.

Verfahren digitaler Rechnungseingang bei der Stadt Dortmund - Vorgaben für Auftragnehmer für die Nutzung der digitalen Rechnungsstellung

Gem. § 14 Abs. 1 UStG liegt eine elektronische Rechnung am 01. Januar 2025 nur noch dann vor, wenn die Rechnung in einem strukturierten elektronischen Format ausgestellt, übermittelt und empfangen wird und eine elektronische Verarbeitung ermöglicht.

Diese Rechnungen müssen der europäischen Norm für die elektronische Rechnungsstellung gem. der Richtlinie 2014/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.04.2014 entsprechen.

Dieser Vorgabe entsprechen ab dem 01.01.2025 die Formate ZUGFeRD und XRechnung.

Für die Annahme **elektronischer** Rechnungen bei der Stadt Dortmund gelten folgende Vorgaben:

1. Elektronische Rechnungen werden in den Formaten ZUGFeRD und XRechnung angenommen. Andere Rechnungsformate können nicht verarbeitet werden!
2. Senden Sie Rechnungen in den Formaten ZUGFeRD oder XRechnungen an die Mailadresse '**xRechnung-Verwaltung@stadtdo.de**' für die Stadtverwaltung Dortmund bzw. '**xRechnung@stadtdo.de**' für die Eigenbetriebe der Stadt Dortmund.
3. Im Betreff der eMail ist die Rechnungsnummer anzugeben. Das erleichtert die Zuordnung, insbesondere bei einer Rückweisung der Rechnung.
4. Für jede Rechnung muss eine eigene eMail erstellt werden.
5. Anlagen zur Rechnung, die als separates Dokument beigefügt werden, können nicht verarbeitet werden. **Anlagen zur Rechnung seitens des Rechnungsstellers müssen Bestandteile der elektronischen Rechnungsdatei sein.**

Die Verarbeitung von **per Email eingehenden Rechnungen im PDF-Format** ist innerhalb der gesetzlichen Übergangsregelungen weiterhin möglich.

Dabei gelten folgende Vorgaben:

1. Rechnungen im PDF-Format sind an die zentrale Mailadresse '**eRechnung@stadtdo.de**' zu senden.
2. Im Betreff der eMail ist die Rechnungsnummer anzugeben. Das erleichtert die Zuordnung, insbesondere bei einer Rückweisung der Rechnung.
3. Für jede Rechnung muss eine eigene eMail erstellt werden.
4. Für die Rechnungsdatei ist ein PDF-Format zu verwenden.
5. **Anlagen zur Rechnung seitens des Rechnungsstellers müssen Bestandteile der PDF-Datei sein.**

1. Einzelauftrag

Die Rechnung ist für jeden Abrufauftrag in 2-facher Ausfertigung auszustellen. Zwei Exemplare (ein Original und eine Durchschrift) sind an die einzelnen Bedarfsstellen, durch die der Auftrag erfolgt ist, zu senden.

Für die Rechnungsabwicklung müssen Auftrag und Rechnung identisch sein (identische Anzahl an Positionen, identische Nummerierung, identischer Betrag pro Position, Rechnungssumme, Auftragsnummer usw.). Der Auftraggeber behält sich vor, vom Abrufauftrag abweichende oder unvollständige Rechnungen zurückzuweisen.

Rechnungen, Lieferscheine und Arbeitsscheine sind fortlaufend mit Bezug zur städtischen Auftragsnummer zu nummerieren.

VII. Erfordernisse

Der Auftragnehmer verpflichtet sich auf Gesetzestreue und darauf, alle die Eignung bestimmenden Aspekte - mindestens wie angeboten - über die Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten.

Als Beispiele seien hier die pünktliche Einhaltung steuerlicher und anderer Verpflichtungen gegenüber Bund, Land und Gemeinde sowie gegenüber der Sozialversicherung genannt und die allgemeinen Tarifabkommen sowie die zum Schutze der Jugend (Jugendschutzgesetz, u. a.), der Unfallverhütung und dem Arbeits- und Gesundheitsschutz geschaffenen Vorschriften.

Entsprechende Bescheinigungen, die nicht älter als sechs Monate sind, können vom Auftraggeber gefordert werden.

VIII. Schlussbestimmungen

1. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Besonderen Vertragsbedingungen nichtig sein, so wird dadurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist möglichst durch eine ergänzende Vereinbarung der Vertragsparteien zu ersetzen, durch die der beabsichtigte wirtschaftliche Zweck erreicht wird.

2. Schriftform

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung dieser Schriftformklausel. Mündliche Nebenabreden bestehen daneben nicht.

A 5 - Besondere Vertragsbedingungen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen)

Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen verpflichtet. Die weiteren Vertragsbedingungen bleiben hiervon unberührt. Hierzu vereinbaren die Parteien Folgendes:

1. Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen

1.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet,

- a) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich
 - eines nach dem Tarifvertragsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages,
 - eines nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages oder
 - einer nach den §§ 7, 7a oder 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Rechtsverordnung unterfällt,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die in dem Tarifvertrag oder der Rechtsverordnung verbindlich vorgegeben werden.

- b) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene (§ 1 Abs. Absatz 3 TVgG) seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrags wenigstens das in Nordrhein-Westfalen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen nachvollziehen.
- c) bei der Ausführung der Leistung seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) wenigstens ein Entgelt in Höhe des allgemeinen Mindestlohns, nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen. Diese Pflicht gilt auch, sofern das gemäß lit. a) und b) zu zahlende Entgelt das Mindeststundenentgelt nach dem Mindestlohngesetz unterschreitet.

1.2. Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass die bei der Ausführung des Auftrags beteiligten Nachunternehmer die in Ziffer 1.1. genannten Pflichten ebenfalls einhalten.

1.3. Ziffer 1.1., lit. c) gilt nur, sofern die ausgeschriebene Leistung im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird. Ziffer 1.1., lit. c) gilt nicht für Auftragnehmer, die unter § 224 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 sowie § 226 des Neunten Sozialgesetzbuches fallen.

2. Kontroll- und Prüfrecht

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung der unter Ziffer 1. genannten Verpflichtungen während der Auftragsausführung zu überprüfen. Hierzu ist der Auftragnehmer verpflichtet,

- a) dem Auftraggeber auf dessen Verlangen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, aus denen sich die Einhaltung der unter Ziffer 1. genannten Verpflichtungen zweifelsfrei ergibt. Sofern diese Unterlagen personenbezogene Daten enthalten, erfolgt die Vorlage in anonymisierter Form sowie unter Beachtung des Datenschutzrechts.
- b) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen.

3. Kündigung aus wichtigem Grund; Vertragsstrafe

3.1. Der Auftraggeber kann den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist unter anderem kündigen,

- a) wenn der Auftragnehmer eine Pflicht aus Ziffer 1. verletzt,
- b) wenn der Auftragnehmer nicht sicherstellt, dass die Nachunternehmen eine Pflicht aus Ziffer 1. einhalten oder
- c) wenn der Auftragnehmer seinen Pflichten aus Ziffer 2. nicht nachkommt.

3.2. In den in Ziffer 3.1. genannten Fällen, verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe, deren Höhe eins von Hundert, bei mehreren Verstößen bis zu fünf von Hundert des Auftragswertes beträgt. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens durch den Auftraggeber ist nicht ausgeschlossen, jedoch wird die verwirkte Vertragsstrafe auf den weiteren Schadensersatz des Auftraggebers angerechnet.

3.3. Im Übrigen berühren Ziffer 3.1. und 3.2. nicht die weiteren Rechte der Vertragsparteien.